

Wird Israel zum Bauer auf dem Schlachtfeld der Nato?

Der bekannte israelische Soziologieprofessor und Friedensaktivist Zvi Schuldiner schrieb in einem Artikel der Schweizer Wochenzeitung (WOZ, 20.7.): „Der kriminelle Angriff der Hisbollah auf Israel liefert der israelischen Führung einen ausgezeichneten Vorwand für einen Krieg, den seine Generäle seit langem wollen.“

In derselben Ausgabe antwortete die libanesische Professorin Amal Saad-Ghorayeb, Autorin eines Buches über „Hisbollah: Politik und Religion“, auf die Frage, ob die Hisbollah sich verkalculiert und die israelische Reaktion unterschätzt habe: „Nein, das glaube ich nicht. Die Hisbollah wusste um alle Optionen und Konsequenzen der Entführung. Sie hat sich darauf vorbereitet. Ich bin überzeugt, dass ein israelischer Angriff ein Szenario ist, auf das die Hisbollah immer vorbereitet war. Am Freitag (14.7. - Verf.) hat sie ein israelisches Kriegsschiff angegriffen. So etwas ist keine Zufallsaktion. Es gab und gibt eine militärische Strategie. Misskalkulation oder Unterschätzung würde ich das nicht nennen.“ Auf die Frage, ob die israelische Regierung einen Plan habe, sagt die in Beirut lebende Politikwissenschaftlerin: „Die israelische Regierung ist, meiner Meinung nach, sehr schwach, und das ist gerade das Erschreckende. Schwache Regie-

rungen neigen dazu, mit den Muskeln zu spielen. Die israelische Regierung hat ihre mehr oder weniger spontane Militäration im Libanon lanciert, ohne wirklich eine Ahnung zu haben, worauf sie sich tatsächlich einlässt. Selbst politische Analysten in Israel beklagen das.“

Die Erklärungen scheinen sich zu widersprechen. Zvi Schuldiner geht davon aus, dass die Provokation der Hisbollah Israel ermöglichte, einen lang gehegten Plan umzusetzen; als Kriegsziele nennt er die Zerstörung eines unabhängigen Libanon und die Errichtung palästinensischer Bantustans unter israelischer Kontrolle. Ähnlich argumentiert auch Uri Avnery von Gush Shalom in seinem jüngsten Kommentar („Stoppt diese Scheiße“, ZNet, 18.7.).

Die libanesische Politikwissenschaftlerin dagegen sieht die Hisbollah, die in intensiver Koordination mit Hamas und dem Iran handele – einer Koordination, wie sie ihren Worten nach in dieser Intensität vorher nie existierte –, als ernsthafte Gefahr für Israel, die aus dem militärischen Konflikt gestärkt hervorgehen könne. Tatsächlich müssen sich diese Erklärungsversuche jedoch nicht widersprechen. Hisbollah hat Israel in die neue Konfrontation gelockt, und Israel schien auf die Gelegenheit geradezu gewartet zu haben.



Rund 5000 Menschen demonstrierten nach Angaben von Gush Shalom am 22. Juli in Tel Aviv gegen die israelischen Angriffe auf den Libanon. Bild: Gush Shalom. In zahlreichen Städten der USA und in Europa beteiligten sich an diesem Tag Zehntausende an Anti-Kriegs-Demonstrationen. In Mönchengladbach beklagten mehrere hundert Menschen mit einem Trauerzug die Auslöschung einer Familie, die im Urlaub im Libanon war.

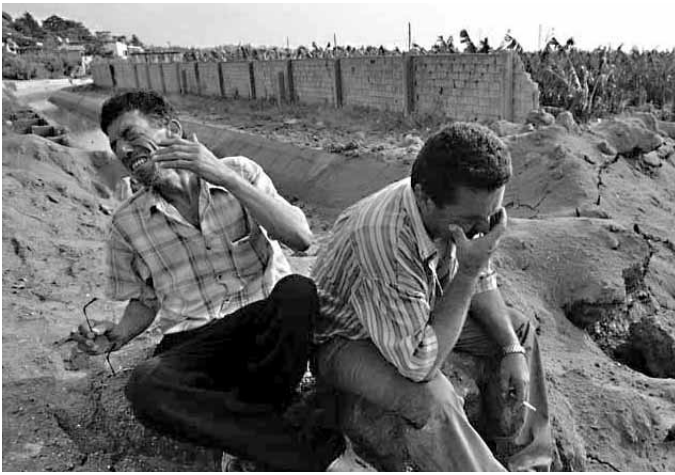
Hintergrund: der gescheiterte Irak-Krieg

Die USA haben ihre Kriegsziele im Irak vollständig verfehlt. Ihr Ziel war es, mit der Zerschlagung des irakischen Baath-Regimes eine Perspektive für die politische Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens zu eröffnen. Ihre überlegene Militärmacht sollte das Regime Saddam Husseins niederwerfen, der militärische Sieg eine Modernisierung des Irak nach westlichem Vorbild erzwingen und damit einen Modernisierungsschub in der ganzen Region auslösen. Dieser gewaltsame Versuch ist so gründlich gescheitert, dass sich daraus die Schlussfolgerung ziehen lässt, dass eine Modernisierung, die nicht auf der Grundlage von Selbstbestimmung und Demokratie erfolgt, sondern mit Gewalt durchgesetzt werden soll, unmöglich ist.

Der Irak, der jahrzehntelang durch eine brutale Staatskaste zusammengehalten wurde, zerfällt. Jede öffentliche Ordnung ist zerstört, die Strom- und Wasserversorgung funktioniert nicht, das Gesundheitswesen ist zusammengebrochen. Die Gesellschaft zerlegt sich nach archaischen Mustern in Familien, Stämme, Religionsgruppen, die sich befeinden. Die Macht liegt bei Warlords, die zum Teil mit der Besetzung kollaborieren, sie überwiegend aber bekämpfen. Das Land versinkt im Blut. Auch die Besatzungsmächte erleiden hohe Verluste. Immer mehr Verbündete haben ihre Soldaten zurückgezogen oder wollen sie zurückziehen. Die US-Truppen werden durch den anhaltenden Guerillakrieg und die aussichtslose Situation – aussichtslos im Hinblick auf das Ziel der Besetzung, deren Ende nicht absehbar ist – zermürbt wie auch die öffentliche Meinung in den USA.

Das wirkt auch auf den Krieg in Afghanistan. Die Nato schickt immer mehr Soldaten und verliert immer mehr die politische und militärische Kontrolle. Der Krieg, zu dieser Vorhersage gehört nicht viel, wird für die Nato-Mächte zunehmend verlustreich werden, auch wenn die Öffentlichkeit gegenwärtig wenig Kenntnis von den Entwicklungen nehmen will.

Angesichts dieser Lage mögen Hamas und Hisbollah mit ihrer offensichtlich koordinierten Provokation ihr Ziel darin sehen, Israel in den Gaza und in den Libanon zu locken und die israelischen Truppen dadurch dazu zu bringen, ihre Kräfte zu überdehnen, und sie so in einen ähnlichen Sumpf zu ziehen, in dem die USA im Irak stecken. Die Neue Zürcher (23.7.) sieht jedenfalls diese Gefahr für Israel und erklärt damit die zerstörerischen und vor allem die libanesische Zivilbevölkerung treffenden Angriffe Israels: „Israel führt diesen Krieg gegen den Hizbollah bewusst mit asymmetrischer Härte, weil die schiitische Miliz allein durch Angriffe auf die eigenen Stellungen nicht zu besiegen ist, schwimmt sie doch wie ein Fisch im unruhigen



Zerstörung, Tod und Trauer in der libanesischen Hafenstadt Tyrus (links). Aber auch Israel hat viele Opfer zu beklagen, hier in Haifa.

Meer der libanesischen Innenpolitik. Israel versucht konsequenterweise, das Kalkül des Hizbullah zu unterlaufen, dass es in einen langwierigen und für eine Armee nicht zu gewinnenden Kleinkrieg verwickelt wird.“

Nichts spricht gegenwärtig jedoch dafür, dass Hisbollah auf diese Weise entscheidend zu schlagen ist, und es erscheint unwahrscheinlich, nach all den Erfahrungen des jahrzehntelangen Nahost-Konflikts, dass Israel ernstlich davon ausgeht. Bei ähnlichen Anlässen hat Israel früher eine entsprechende Eskalation vermieden; so bombardierte die Armee im Januar/Februar 2000, als die Hisbollah sieben israelische Soldaten töteten, zwar drei Elektrizitätswerke, wobei 15 Zivilisten verwundet wurden, ging aber nicht weiter. 2004 ließ Israel gegen die sterblichen Überreste von drei israelischen Soldaten und die Freilassung eines israelischen Geschäftsmannes durch Hisbollah über 400 Gefangene frei. Warum ist Israel dieses Mal nicht in Verhandlungen über die Freilassung der entführten Soldaten eingetreten, sondern legt den Libanon in Schutt und Asche? Welches Ziel verfolgen Regierung und Militär mit der militärischen Eskalation?

„Greater Middle Ost“

Der Plan wird langsam erkennbar, und seine Urheber sitzen nicht nur und auch nicht in erster Linie in Israel, sondern in Washington, London, Berlin, Brüssel ... Es ist nötig, sich zu erinnern. Vor zweieinhalb Jahren setzte die US-Regierung eine Initiative „Greater Middle Ost“, „größerer Mittlerer Osten“ („von Marrakesch bis Bangladesch“) auf die Tagesordnung, sie war Thema u.a. auch der Münchner-Nato-Konferenz 2004, wo sie vor allem vom damaligen Außenminister Fischer (Grüne) verfochten wurde. Kern dieser Initiative, die Bush als „vorwärts gerichtete Strategie des Friedens für den Nahen und Mittleren Osten“ bezeichnete, war das Szenario eines gewaltigen, den ganzen Nahen und Mittleren Osten umfassenden Schlachtplanes, in dessen Mittelpunkt

die Nato rückt. Da die eigenen Kräfte der USA und ihrer engen Verbündeten schon im Irak nicht ausreichten, sollte die Nato auf den Plan treten und das Schlachtfeld ausgeweitet werden.¹

Aus dem US-Kongress gab es Aufforderungen, die Nato solle mit der „Planung für eine Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt“ beginnen, Zeitungen berichteten unter Berufung auf Diplomaten am Nato-Hauptquartier, die USA seien entschlossen, die Nato nicht nur in Irak, sondern im ganzen Nahen und Mittleren Osten einzusetzen. Schon auf dem Nato-Gipfel im Mai 2004 sollte über einen Nato-Einsatz in Irak entschieden werden. Das lief nicht nach Plan, weil Pläne selten eins zu eins umgesetzt werden (können). Zum Nato-Einsatz in Irak ist es nicht gekommen, die Initiative verschwand zunehmend aus der öffentlichen Diskussion. Aber sie verschwand nicht aus den Planungen der Regierungen und Stäbe, sondern wurde auf allen möglichen Wegen weiterverfolgt.

Im Februar 2005 besuchte erstmals ein Nato-Generalsekretär Israel. Bis dahin war das Verhältnis zwischen Israel und dem Militärbündnis, wenn auch nicht zu den einzelnen Mitgliedstaaten, eher kühl, auch wenn Israel am so genannten „Mittmeerdialog“ der Nato teilnahm. Im März 2005 fand in israelischen Gewässern erstmals eine gemeinsame Marineübung Israels und der Nato statt. Im Mai 2005 trat Israel der Parlamentarischen Versammlung der Nato bei, und einen Monat später beteiligten sich israelische Truppen sowohl im Mittelmeer als auch in der Ukraine an Nato-Manövern.²

Im Februar 2006 konstatierte Ronald D. Asmus³ in der Washington Post (21.2.06) in Israel Anzeichen für ein wachsendes Interesse am Ausbau der Beziehungen zur Nato. Er berichtete von Gesprächen mit israelischen Vertretern, die zwei Optionen für den Nato Beitritt Israels vertraten: ein Friedensvertrag mit den Palästinensern (in diesem Zusammenhang könne der Nato-Beitritt ein Schlüsselement für die

Gewinnung der öffentlichen Meinung in Israel darstellen) oder die Verschärfung des Konflikts mit Iran. Das zweite Szenario sei nun eingetreten, schreibt Asmus, und es sei keine Zeit mehr für „politische Korrektheit“.

Unmittelbar geht es zwar nicht um den Beitritt Israels zur Nato, aber um den Einsatz der Nato im Nahost-Konflikt.⁴ Zunächst fühlten untere Ebenen vor: So schlug Regierungsberater Nathanson im Deutschland-Radio ein „Nato-Engagement“ vor, und der israelische Botschafter in Deutschland Stein verglich die Situation im Libanon mit der in Afghanistan und forderten eine Aktion unter Nato-Kommando nach dem Vorbild des Einsatzes in Afghanistan (Netzeitung 21.7.). Inzwischen hat sich, nach den Gesprächen mit dem deutschen Außenminister Steinmeier, die israelische Regierung für eine „Nato-Schutztruppe“ oder eine von EU und Nato gestellte „Friedenstruppe“ im Südlibanon. Eine UNO-Truppe lehnt Israel ab.

Unter diesem Blickwinkel nimmt die Eskalation des Krieges im Libanon noch bedrohlichere Züge an, als sie ohnehin schon hat. Der Nahe Osten droht zum Einsatzort der Nato zu werden, der Libanon zum Ausgangspunkt einer neuen Front, die sich gegen Syrien richtet. Aber schließlich würde der Nahe Osten zum Nato-Aufmarschgebiet gegen den Iran. Die Gefahr, dass der Krieg gegen Afghanistan und Irak und der Nahost-Konflikt in einen großen Krieg zwischen dem Westen und der islamischen Welt übergehen, nimmt Gestalt an. Ausmaß, Dauer und Ausgang eines solchen Krieges sind unabsehbar.

Israel droht zum Bauer auf diesem Schlachtfeld der Nato zu werden. Yitzak Laor schrieb in der israelischen Zeitung Ha'aretz: „Der Direktor des Büros des amerikanisch-jüdischen Komitees für Israel/Nahen Osten, Eran Lerman, empfiehlt schon den nächsten Krieg gegen Syrien. Jeder, der den Reden über die Notwendigkeit zuhört, Syrien ... anzugreifen, dem wird bewusst, dass für diese Leute ‚Strategie‘ nur bedeutet, den

Rahmen der Kriegshandlungen auszunehmen ... Was Israels ‚Strategen‘ anzubieten haben, ist die Zerstörung eines weiteren Landes. ... lassen wir den Horror beiseite, der vor unseren Augen und in unser aller Namen geschieht. Es genügt, die Verwüstung des Irak zu sehen und seine Folgen. Die Amerikaner haben nicht vor, in dieser Region zu leben – aber wir müssen hier leben.“ (ZNet 18.7.)

Türkei droht mit Besetzung des Nordirak

Die Eskalation im Libanon, die letztlich eine Folge des Irak-Krieges ist, verschärft einen weiteren Konflikt. Unter Berufung auf die Bombardierung des Libanon schickt sich die Nato-Macht Türkei an, mit mehreren zehntausend Soldaten weit in den Norden des Irak

einzufallen und weite Gebiete der Kurden zu besetzen. Die USA hätten, so heißt es, bisher „Grünes Licht“ verweigert, während der Iran seine „Zustimmung“ signalisiert habe. Der Iran wird sich von der weiteren Zerteilung des Irak Vorteile versprechen, vor allem die engere Abbindung des schiitischen Südens. Bei der Verfolgung des „Greater Middle East“ werden die USA nicht umhin kommen, der Türkei Zugeständnisse zu machen. Die weitere Auflösung von Grenzen und Zerschlagung einstmals souveräner Staaten im Nahen und Mittleren Osten zwischen dem Mittelmeer und Afghanistan schreitet voran.

SCC

1 Siehe dazu Politische Berichte 3/2004, Ein folgenreicher Plan nimmt Gestalt an: Nato-Einsatz verwandelt den Nahen Osten in ein einzi-

ges Schlachtfeld

2 Siehe dazu: Martin van Creveld, Die Nato, Israel und der Frieden im Nahen Osten, Nato-Brief, Winter 2005

3 Ronald D. Asmus ist leitender Wissenschaftler für transatlantische Studien beim German Marshall Fund of the United States, war zeitweilig Staatssekretär unter Clinton und hat verschiedene Funktionen als politischer Berater und in der Nato inne.

4 In Deutschland sind es wiederum die Grünen, die sich ähnlich wie bei der Debatte um „Greater Middle Ost“ auch in der Debatte um den Nato-Einsatz im Nahen Osten hervortun. Cohn-Bendit forderte, dass die Nato die Grenzen Israels sichern solle, und schlug Fischer als Sonderbeauftragten im Nahost-Konflikt vor. Der Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung Ralf Fücks forderte zu Beginn der gegenwärtigen Eskalation in einem ausführlichen Aufsatz den Nato-Beitritt Israels und die Nato-Treuhandschaft für „Frieden und Sicherheit“ im Nahen Osten.

„Jüdische Stimme: Wider die Kriegshandlungen Israels im Gazastreifen und in Libanon

In einer Auseinandersetzung mit dem Zentralrat der Juden, die wir hier nicht dokumentieren, nimmt die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ wie folgt Stellung (Auszüge aus einer Erklärung):

Die Angriffe der israelischen Armee gegen die Zivilbevölkerung, die Zerstörung von Elektrizitätswerken, Flughäfen, Brücken, Straßen und anderen Einrichtungen der lebensnotwendigen Infrastruktur sind unverhältnismäßig und inakzeptabel. Ohne die Intervention der Regierungen der internationalen Völkergemeinschaft drohen die gegenwärtigen Kriegshandlungen Israels zu einem Flächenbrand zu eskalieren, der die gesamte Region erfassen könnte. Noch ist es möglich, umzukehren. Noch kann ein Weg zu einem dauerhaften Frieden eröffnet werden.

Die Geschichte Israels und Palästinas belegt seit 1948 unmissverständlich: Ein dauerhafter Frieden kann durch Krieg und Zerstörung nicht erzielt werden. Jeder Waffengang brachte bisher nur Blutvergießen sowie den Verlust bitter benötigter Ressourcen. Das Ergebnis: Leid und Hass auf beiden Seiten. (...)

- Es ist an der Zeit, dass die Regierungen Europas alle politischen und wirtschaftlichen Mittel, einschließlich Sanktionen einleiten, um die israelische Regierung zu Verhandlungen mit der gewählten Regierung der Palästinenser zu bewegen.

- Es ist an der Zeit, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die vorgibt, aus historischen Gründen eine besondere Verantwortung für die sechs Millionen in Israel lebenden Juden wahrnehmen zu wollen, konstruktive Beiträge zum jeweiligen Schutz sowohl der israelischen

als auch der palästinensischen Bevölkerung einleitet. Die stattdessen praktizierte Waffenbruderschaft mit der israelischen Armee, die Lieferung von Waffen zu Test- und Einsatzzwecken schürt das Feuer. Sie verstößt zudem gegen die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland, die Waffenlieferungen in Kriegsgebiete aus eben diesem Grund strikt untersagt.

(...)

Der Aufbau der Vereinten Nationen nach der Niederschlagung der Nazi-herrschaft im Jahre 1945, die Verkündung der UN-Charta und das Regelwerk des Internationalen Rechts hatten von Anbeginn einen einzigen Zweck: Zu verhindern, dass ein Volk sich über ein anderes erhebt, es geringschätzig behandelt, unterdrückt oder terrorisiert und sicher zu stellen, dass ein einzelner Staat die Territorialgrenzen des ihm zugeschriebenen Geltungsbereichs nicht eigenmächtig überschreiten oder gar einen Krieg gegen einen anderen Staat entfachen darf. Diese wichtigsten Errungenschaften der Menschheit werden nicht nur gefährdet, sondern regelrecht preisgegeben, wenn die internationale Gemeinschaft nicht umgehend einen Weg findet, Israel dazu zu bringen, alle bereits verabschiedeten UN-Resolutionen anzuerkennen, sich auf Verhandlungen mit der gewählten Regierung Palästinas einzulassen und auf einen Vertrag hinzuwirken, der die friedliche Koexistenz mit einem künftig an der Grenze Israels von 1967 zu errichtenden Staat Palästina sowie mit allen anderen Anrainerstaaten garantiert.

Die Jüdische Stimme, ist die deutsche Sektion der in zehn Nationen wirkenden European Jews for a Just Peace und versteht sich als Teil der internationalen Solidaritätsbewegung, die Palästina in seinem Kampf für Selbstbestimmung und die Widerstands- und Friedensbewegung in Israel unterstützt.

Quelle: www.juedische-stimme.de/index.htm

Aus der Linkspartei: Keine deutschen Blauhelme gegen Israel

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, hat sich gegen einen Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen einer möglichen UN-Friedenstruppe im Nahen Osten ausgesprochen. „Nach der millionenfachen Ermordung von Juden durch Deutsche dürfen unsere Soldaten weder zur Kontrolle eines fragilen Waffenstillstandes noch zur Friedenserzwingung Israel gegenüberstehen“, sagt Gysi in einem am Montag vorab veröffentlichten Interview der Zeitschrift Super Illu. „Die Beteiligung deutscher Soldaten als Blauhelme und erst recht in einer Kampftruppe verbietet sich von selbst. Auf Grund unserer Geschichte sollten wir der erste Kriegsdienstverweigerungsstaat werden“, fordert der PDS-Politiker.

Deutschland muss Flüchtlinge aus dem Libanon aufnehmen

Die Bundesregierung will verhindern, dass Flüchtlinge aus dem Libanon das EU-Festland betreten. Diese abwehrende Haltung bezeichnet die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, als skandalös. „Die Bundesregierung fordert Zypern unverblümt dazu auf, die Flüchtlinge auf der Insel zu internieren.“ Ein kleines Land wie Zypern sei mit der plötzlichen Ankunft von mehreren Zehntausend Flüchtlingen aber überfordert. „Die Bundesregierung ist immer schnell dabei, wenn es darum geht, Polizeikorps aufzustellen, um Flüchtlinge abzuwehren. Aber wenn es darum geht, diesen zu helfen, stellt sie sich stur.“ Die Linkspartei-Politikerin fordert die Bundesregierung auf, ihre „humanitäre Pflicht“ zu tun und „sofort“ Flüchtlinge aus dem Libanon aufzunehmen.

Quelle und weitere Stellungnahmen unter: www.sozialisten.de